

Wochenblatt

für

Pulsnitz, Radeberg, Königsbrück, Radeburg, Moritzburg und deren Umgegend.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verleger E. Förster in Pulsnitz und Th. A. Hertel in Radeberg.

No. 40.

Freitag, den 4. October.

1850.

Diese Zeitschrift erscheint jeden Freitag in einem ganzen Bogen und kostet vierteljährig 7 Ngr. 5 Pf. **praenumerando**. — Bestellungen, Inserate aller Art, welche die gespaltene Zeile mit 8 Pfennigen berechnet werden, und in Pulsnitz und Radeberg spätestens bis Dienstags Abends, in Königsbrück, Radeburg und Moritzburg bis Dienstags Nachmitt. abzugeben sind, nehmen in Pulsnitz und Radeberg die Herausgeber, in Königsbrück der Kaufmann Andreas Grahl, in Radeburg der Buchbinder Günther, in Moritzburg die Post-Expedition, in Großenhain der Buchbinder Hohlfeldt, so wie alle Postämter an.

Zeitereignisse.

Dresden, 29. September. Werfen wir zum Schlusse des Monats einen kurzen Blick auf die deutschen Zustände. Preußen verharret entschieden dabei, den Bundestag nicht zu beschicken, erklärt vielmehr alle Verfügungen dieser Behörde für ungesetzlich und daher für unverbindlich. Oesterreich seinerseits hat eben so entschieden in einer Note vom 15. Sept. die von Preußen vorgeschlagenen freien Conferenzen abgelehnt und erklärt, daß es seinerseits „an Dem festhalten werde, was es für recht und erspriechlich erachten müsse.“

Der österreichische Bundestag ist den Ansichten Hassenpflug's beigetreten und hat das Gebahren der kurhessischen Stände auf Grund des Bundesbeschlusses von 1832 für Rebellion erklärt. Preußen dagegen hat unterm 23. Sept. an seinen Vertreter in Kurhessen eine Note gesendet, worin das Unternehmen des kurfürstlich hessischen Ministeriums offen als Verfassungskbruch bezeichnet und der Widerstand des Volkes und der Beamten gegen diese Maßregeln geradezu ein legaler genannt wird. Der Bundestag endlich droht mit Intervention in Kurhessen, während Preußen bei Wezlar und Paterborn Truppen zusammenzieht, um dem nach Befinden entgegen zu treten.

Preußen verlangt ferner zur Verwaltung des Bundeseigenthums eine neutrale Commission, die selbst von Oesterreich bevorwortet wird. Der Bundestag aber lehnt dieses Ansinnen ab, ja Baiern und Hannover protestiren ausdrücklich dagegen.

Hassenpflug publicirt den oberwähnten Bundesbeschuß, der ständische Ausschuß aber erklärt, daß der Bundestag längst aufgehoben sei und in Kurhessen nichts zu sagen habe. Hassenpflug will die widerspenstigen Beamten aushungern und ihnen keine Gehalte mehr zahlen lassen, vom Volke aber werden Anstalten getroffen, dieselben durch freiwillig zusammengeschossene Beiträge zu befriedigen.

So stehen die Sachen und scheinen mehr als je zu seiner endlichen Entscheidung hinzudrängen. Wir halten es auch für kein ungünstiges Zeichen, daß in demselben Augenblicke Herr

v. Radowiz in den Vordergrund tritt. Denn was man auch von diesem Manne halten mag, das muß ihm der Feind zugestehen, daß er von jeher ein Gegner des Bundestags war, und daß er längst die absolute Nothwendigkeit erkannt hat, dem Drange der deutschen Nation, wie er seit dem Freiheitskriege riesenstark herangewachsen ist, Rechnung zu tragen. Ohne ihn — sagt d. D. A. Z. sehr richtig — ohne ihn hätte die preussische Regierung sich nie an die Spitze der deutschen Sache gestellt, ohne wäre sie längst wieder zu der alten Allianz zurückgekehrt; sein königlicher Herr und Meister würde, alles wahren Nationalgefühls, das in ihm lebt, ungeachtet, dem Anstürmen von allen Seiten nachgegeben haben. Aber wir sagen noch weiter, ohne Hrn. v. Radowiz hätte die reactionäre Partei, gestützt auf die mächtigen Verbündeten in Wien und in Petersburg, noch im letzten Augenblicke die Verfassung Preußens zu Grunde gerichtet. Wenn später die Geschichte der ersten beiden Monate dieses Jahres zur öffentlichen Kenntniß gelangt, dann wird Jeder sehen, was Preußen hierin demselben Manne zu danken hat, der dafür die grenzenlose Wuth der Reaction und den Haß des Auslandes geerntet hat, ohne durch den Preis des Vertrauens im eignen Lande dafür entschädigt worden zu sein.

— 30. Sept. Heute ist zum erstenmal in Sachsen das alte Wahlgesetz von 1831 wieder gehandhabt worden, indem die Meißner Ritterschaft sich hier versammelt hatte, um einen lebenslanglichen Pair zu wählen, der an die Stelle des Herrn v. Zehmen, welcher vom König zum Mitglied der ersten Kammer ernannt worden, in die erste Kammer eintreten soll. Der Kreis-Vorsitzende Herr v. Welck leitete die Wahl. In seiner Einleitungsrede erwähnte er mit großem Triumph, daß durch die jetzigen Verhältnisse die Ritterschaft in ihre althergebrachten Rechte, auf welche sie niemals Verzicht geleistet, wieder eingesetzt worden sei. Nach zweimaliger Abstimmung wurde der Amtshauptmann v. Egidy in Döbeln gewählt. Nach ihm hatte der Kammerherr v. Kochow (zur Unionspartei gehörig) die meisten Stimmen. Auch der vormalige Abgeordnete Dehmichen aus